

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 4. Mai 1951

Nummer 18

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die Belastung der englischen Wirtschaft durch die Aufrüstung

Das neue Haushaltsjahr 1951/52, beginnend am 1. April 1951, bringt Großbritannien eine erheblich stärkere Rüstungsbelastung, als sie in den vergangenen Nachkriegsjahren zu tragen war. Die Ausgaben für die Rüstung, ohne Ausgaben für „stock-piling“-Käufe, sind für die nächsten drei Jahre auf insgesamt 4,7 Mrd. £ veranschlagt worden. Von diesem Betrag entfallen 1,3 Mrd. £ (gegen Rüstungsausgaben in Höhe von rund 800 Mill. £ 1950/51) auf das Haushaltsjahr 1951/52, 1,6 Mrd. £ auf 1952/53 und 1,8 Mrd. £ auf 1953/54. Der somit für das laufende Etatjahr vorgesehene Betrag von rund 1,3 Mrd. £ erhöht sich durch Regierungsausgaben für Rüstungszwecke, die auf Kapital-Konto gehen (143 Mill. £ für „stock-piling“ und 50 Mill. £ Rüstungs-Anlage-Investitionen), auf rund 1,5 Mrd. £. Alle diese Beträge beziehen sich auf die gegenwärtige Preisbasis; sie werden also wohl eine Erhöhung erfahren, wenn das jetzige Preisniveau nicht gehalten werden kann. Im kommenden Haushaltsjahr werden hauptsächlich die Maschinen- und Fahrzeugindustrie mit Rüstungsaufträgen bedacht werden. Für die Flugzeugindustrie und das Baugewerbe sind je 120 Mill. £, für die Schiffs- und Auto-Industrie je 60 Mill. £ vorge-

sehen. Die Textilindustrie soll Aufträge in Höhe von 50 Mill. £ erhalten; auf die Radio-Industrie entfallen 25 Mill. £.

Die Belastung des Staatshaushaltes

Die Erhöhung der Militärausgaben um 476 Mill. £ — das sind 58 vH mehr als im Vorjahr — bildet den Kern der Budgetproblematik des begonnenen Finanzjahres.

In Großbritannien wird von Jahr zu Jahr in steigendem Maße das Budget im Zusammenhang mit seiner Wirkung auf die gesamte Wirtschaft vorkalkuliert, also im Zusammenhang mit einer Vorschätzung der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ (national budget), da nur so das wirkliche Ausmaß eines etwaigen inflatorischen oder deflatorischen Effektes einer bestimmten Finanzgebarung überhaupt eingeschätzt werden kann. Die Budgetvorschätzungen stützen sich daher auf die Ergebnisse des „Economic Survey“, das offizielle Weißbuch der britischen Regierung über die britische Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Obwohl unter der Annahme gleichbleibender Steuerhöhe auch im begonnenen Etatjahr noch ein kleiner Budgetüberschuß (von 80 bis 90 Mill. £ gegenüber 561 Mill. £ 1950/51, bereinigte Ziffern) im ordentlichen Haushalt zu erwarten gewesen wäre, ergab sich aus diesem Einbau des Budgets in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, daß zur Sicherung der Stabilität der Wirtschaft — auch unter Einkalkulation einer gewissen Preissteigerung durch Verteuerung der Importpreise — ein drohender „inflationary gap“, also ein Nachfrageüberhang von rund 170 Mill. £ durch entsprechende finanzpolitische Maßnahmen beseitigt werden müsse. Im einzelnen erwartet man, daß etwa 150 Mill. £ bei den normalen öffentlichen Ausgaben einzusparen sein werden. Weitere 150 Mill. £ erhofft man aus

Verteidigungsausgaben Großbritanniens in Mill. £

Haushalts- jahr	Gesamt- summe	1943/44=100	in vH des Volks- einkommens ²⁾
1943/44	4 183	100	51,0
1944/45	4 184	100	50,3
1945/46	3 812	91	45,8
1946/47	1 590	38	18,8
1947/48	881	21	9,5
1948/49	758	18	7,6
1949/50	736	18	7,1
1950/51	824	20	7,7
1951/52 1)	1 300	31	
1952/53 1)	1 600	38	
1953/54 1)	1 800	43	

1) Voranschlag. — 2) Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.

¹⁾ Voranschlag. — ²⁾ Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.

einer Erhöhung des Steueraufkommens, das sich — unter Annahme gleichbleibender Steuersätze — infolge des nominellen Wachstums des Volkseinkommens aus Preiserhöhungen automatisch ergeben müßte. Die erwartete Entlastung aus dieser Einnahmequelle muß jedoch mit Vorsicht bewertet werden, da mit den steigenden Preisen die Rüstaussgaben ebenfalls steigen werden. Unter der Voraussetzung, daß die erwarteten Einsparungen und automatischen Erhöhungen bei den Steuereingängen erzielt werden, müssen dann noch ungefähr 170 Mill. £ durch zusätzliche neue Steuern bzw. durch Erhöhung der Steuersätze gedeckt werden, um den gewünschten gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungseffekt zu erzielen.

Umschichtungen in der güterwirtschaftlichen Gesamtbilanz und ihre Probleme

Im Haushaltsjahr 1951/52 wird mit einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität um 4 vH gegenüber dem Vorjahr gerechnet, deren Ertrag von 250 Mill. £ voll für die Rüstung zur Verfügung gestellt werden soll. Damit wären also 250 Mill. £ von 500 bis 550 Mill. £ des benötigten zusätzlichen Rüstungsbedarfs gedeckt.¹⁾ Aber gleichzeitig wird auch die Produktion für den zivilen Bedarf eine Einschränkung in Höhe von 100 bis 150 Mill. £ erfahren müssen.

Selbst wenn man von den gegenwärtigen Schwierigkeiten der Rohstoff- und Kohleversorgung und den friktionellen Störungen absieht, werfen die aus dieser Belastung und ihrer vorgesehenen Verteilung auf den „sonstigen“ Staatshaushalt, auf Wirtschaft und Verbraucher sich zwangsläufig ergebenden Verschiebungen große Probleme auf. Eine im Zuge der geplanten Leistungssteigerung der Wirtschaft zu erwartende weitere Steigerung der Einkommen wird sich, soweit sie nicht durch Erhöhung der Einkommensbesteuerung und — was so gut wie ausgeschlossen erscheint — durch erhöhtes Sparen aus persönlichem Einkommen aufgefangen wird, hauptsächlich auf dem Markt der nicht rationierten Waren in zusätzlichen Käufen auswirken und deren Preise in die Höhe treiben, was schließlich auf ein „Zwangssparen“ der privaten Verbraucher zugunsten der Unternehmer hinausläuft. In der Tat ist es wahrscheinlich, daß dieser Weg des „Zwangssparens“ über Preissteigerungen nicht ganz wird vermieden werden können.

Eine Stabilisierung der Preise wird aber vor allem dadurch erschwert, daß die erhöhten Importpreise, die sich noch nicht voll auf die Inlandspreise ausgewirkt haben, vom letzten Konsumenten getragen werden müssen, der also schon insoweit eine Einbuße seines Realeinkommens in Kauf nehmen muß. Es soll vermieden werden, diese unabwendbare Tatsache durch neue Subventionen, die nur wieder aus Steuer-

mitteln oder inflatorischen Kreditmitteln bezahlt werden können, zu verschleiern. Doch will man dafür Sorge tragen, daß die Überwälzung der erhöhten Importpreise nicht der Anstoß zu einer gefährlichen Preiswelle wird und damit inflationistische Tendenzen fördert. Eine solche Gefahr ist besonders bei der derzeitigen hohen Verbrauchsneigung der Masse der Konsumenten gegeben, vor allem, wenn die Finanz- und Kreditpolitik zusammen mit der Preisüberwachung nicht derartigen Tendenzen entgegentritt. Zu der Frage, ob man nicht der steigenden Preistendenz seitens des Budgets durch eine feste und unelastische Ausgabenpolitik begegnen könnte, wurde von seiten der britischen Regierung darauf hingewiesen, daß die unverrückbare Festlegung der Ausgaben mit dem Ziele, dadurch eine inflatorische Tendenz zu vermeiden, insoweit nur wenig helfen kann, als die inländische Preisbewegung durch die Bewegung auf dem Weltmarkt bestimmt wird.

Im ganzen steht also auch die britische Wirtschaftsführung in ihrem Versuch einer wohlausgewogenen, mit allen Hilfsmitteln der Statistik und Wirtschaftsforschung unterstützten Wirtschaftspolitik natürlich vor der entscheidenden Situation jeder bei annähernder optimaler Ausnutzung der Produktionskapazitäten anlaufenden Rüstungswirtschaft: Vergrößert man den Anteil der Rüstung am Sozialprodukt, so tritt eine

Der ordentliche Staatshaushalt Großbritanniens
in 1000 £

	1950/51		1951/52
	Voranschlag	tatsächl. Einnahmen	Voranschlag
Einnahmen			
1. Einkommensteuer	1 338 000	1 404 364	1 624 750
2. Mehr-Einkommensteuern ..	120 000	121 100	128 000
3. Vermögen- und Erbschaftssteuern	195 090	185 250	180 000
4. Gebühren	50 000	54 460	55 000
5. Gewinnsteuer	270 000	258 420	312 650
6. Übergewinnsteuer		9 350	
7. Andere inländ. Einnahmen ..	500	595	500
8. Besondere Umlagen und Beiträge	4 500	4 850	1 500
inl. Einnahmen zusammen ..	2 028 000	2 038 389	2 302 400
9. Zölle	870 000	905 216	930 500
10. Verbrauchssteuern	713 000	724 800	720 500
Zölle u. Verbrauchsst. zus.	1 583 800	1 630 016	1 651 000
11. Kraftfahrsteuer	56 000	61 357	62 000
12. Erlös aus aufgelösten Lägern	35 000	45 355	20 000
13. Überschuf aus gewerblicher Tätigkeit	85 000	80 905	50 000
14. Abgaben der Post	—	962	5 400
15. Rundfunkgebühren	13 000	13 000	13 600
16. Verschiedene Kredite	27 000	26 876	27 000
17. Verschiedenes	70 000	80 964	105 000
Verschied. Einnahmen zus.	286 000	309 419	283 000
Gesamte ordentl. Einnahmen	3 897 800	3 977 825	4 236 400
Ausgaben			
1. Schuldendienst (Zinsen etc.)	490 000	477 827	535 000
2. Zahlungen an Nordirland ..	36 000	37 688	38 000
3. Andere konsolidierte Fonds	11 000	9 856	11 000
zusammen	537 000	525 371	584 000
4. Rüstungsausgaben	.	.	1 273 762
5. Ausgaben für die zivile Verwaltung	.	.	2 301 836
6. Kosten der Steuererhebung	.	.	37 323
zusammen	2 971 328	2 712 582	3 612 921
Gesamte ordentl. Ausgaben	3 508 328	3 237 953	4 196 921

¹⁾ Diese ergeben sich aus den erhöhten Militärausgaben im Haushalt von 476 Mill. £, zusätzlich 143 Mill. £ für stock-piling, abzüglich 50—100 Mill. £ die durch Privatfinanzierung gedeckt werden sollen.

absolute Schmälerung des privaten Verbrauchs bzw. der Investitionen in dem Maße ein, in dem die erwartete Produktivitätssteigerung dem zusätzlichen Rüstungsbedarf nicht entspricht und neue auswärtige Hilfe nicht beschafft werden kann. Da in Großbritannien die Investitionen nicht eingeschränkt werden sollen, muß die vorgesehene Erhöhung des Anteils des Staatsbedarfs am Sozialprodukt mit einer Beschränkung des privaten Verbrauchs verbunden sein. Eine gewisse Senkung der Lebenshaltung ist daher unter den für Großbritannien maßgebenden Bedingungen der Aufrüstung unvermeidbar. Sollte die Beschränkung des Konsums weniger durch Steuererhöhungen als, was mindestens zum Teil zu erwarten ist, durch Preiserhöhungen erfolgen, so ist auch mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu rechnen. In diesem Falle würde jeder Versuch, die entstehende Lohn-Preis-Schere durch nominelle Lohnerhöhungen zu schließen, nicht nur

die Rüstungsanstrengungen erschweren, sondern dürfte auch daran scheitern, daß die starre Rüstungsnachfrage, die man auf jeden Fall zu befriedigen gedenkt, vor der Nachfrage des privaten Verbrauchs das Primat hat.

Der bei alledem erhöhte Importbedarf Englands und die Verschlechterung der terms of trade werden die Ursache sein, daß die Zahlungsbilanz Englands nicht mehr ein so günstiges Bild bieten wird, wie am Ende des vergangenen Jahres. Der Schatzkanzler hat die Forderung aufgestellt, die Zahlungsbilanz in Zukunft ausgeglichen zu halten; doch wird damit gerechnet, daß im laufenden Jahr ein gewisses Defizit in der Zahlungsbilanz nicht vermieden werden kann. Die Aufgabe, das langfristige Ziel des Zahlungsbilanzausgleiches zu erreichen, wird die britische Regierung noch vor schwierige, sicher auch die Binnenkonjunktur stark beeinflussende Probleme stellen.

Zuspitzung in der Rundholzversorgung Westdeutschlands

Im Schatten einer sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingten Rundholzknappeheit ist in Westdeutschland seit dem zweiten Halbjahr 1950 ein Konkurrenzkampf der Verbraucher entbrannt, der in seiner Zuspitzung bis heute noch nicht seinen Höhepunkt erreicht hat und alle ähnlich gelagerten Fälle aus der Vergangenheit übertrifft.

Ungewöhnliche Erscheinungen der Nachfrage

Wenn man von der Lage in den ersten Nachkriegsjahren absieht, kann man für die Zeit nach dem ersten und zweiten Weltkrieg mit Sicherheit annehmen, daß zumindest zwei Drittel des jährlichen Rundholzverbrauchs auf die Schnittholzindustrie, die Zellstoff- und Holzschliffindustrie und den Steinkohlenbergbau entfielen. Eine Konkurrenz dieser Wirtschaftszweige um das angebotene Rundholz trat bis zur Zeit des zweiten Weltkrieges kaum auf, weil sich die Interessen der erwähnten Verbraucher im großen und ganzen nicht auf die gleichen Stammdimensionen und Holzarten richteten und ein großes Angebot aus dem Inland und dem Ausland ihre unterschiedlichen Wünsche befriedigte.

Nach dem zweiten Weltkrieg mußten sich früher oder später die Wandlungen der Rundholzversorgung Westdeutschlands geltend machen, u. a. der fast vollständige Ausfall der Einfuhr, der Entzug der Waldgebiete östlich der Oder und Neiße, noch verschärft durch die fast vollständige Unterbindung der holzwirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetzone und Westdeutschland. Dadurch wurden dem Umfang und der Zusammensetzung des inländischen Angebots engere Grenzen gezogen. Die verhältnismäßige Armut an Kiefernwäldern in Westdeutschland zwang z. B. den Bergbau, statt der Kiefer nun überwiegend die Fichte zu verwenden. Damit griff aber der Bergbau in einen Bereich ein, der in den schwä-

cheren Stammdimensionen bisher fast ausschließlich die Domäne der Zellstoff- und Holzschliffindustrie war. Die Konkurrenz dieser beiden Wirtschaftszweige um ein nach Holzart und Stammdimensionen bestimmtes Angebot war allerdings so lange nur latent, wie ein sehr hoher Zwangseinschlag von Holz bei gleichzeitig noch sehr geringem Verbrauch der beiden darniederliegenden Wirtschaftszweige keine Spannungen aufkommen ließ. In dem Maße aber, wie der Bedarf dieser sich langsam erholenden Wirtschaftszweige zunahm und der Forstwirtschaftsplan zu einer starken Beschränkung des Holzeinschlags verwirklicht wurde, war ohne einen Ausgleich durch Einfuhren nicht nur eine vorher unbekannte Konkurrenz zwischen dem Bergbau und der Zellstoff- und Holzschliffindustrie zwangsläufig, sondern mußte auch noch die Schnittholzindustrie als Wettbewerber auftreten. Gerade die Konzentration der übermäßigen Holzeinschläge auf die starken Stammdimensionen zugunsten der von den Alliierten auferlegten Exporte und zugunsten einer außerordentlich hohen Brennholzverwendung (Ersatz für den fehlenden Hausbrand an Kohle) hat die inländische Rohstoffgrundlage für die Schnittholzindustrie Westdeutschlands besonders beeinträchtigt. Es war unvermeidlich, daß die Schnittholzindustrie zur Ausnutzung ihrer Kapazität statt der früher ausschließlichen Verwendung von starken Stammdimensionen möglichst auf schwächere, auch für die Zellstoffindustrie und den Bergbau geeignete Stammdimensionen zurückgriff.

Seit der zweiten Jahreshälfte von 1950 ist die Konkurrenz zwischen den erwähnten Industriezweigen auf dem Markt fühlbar geworden. Sie wird noch verschärft durch das Auftreten der Sperrholzindustrie, die wegen der fehlenden Einfuhr von Tropenhölzern das gleichfalls knapp gewordene Laubrundholz der Schnittholzindustrie streitig macht. Ein unerwarteter Rivale ist neuer-

dings wieder im Brennholzverbrauch der mit Kohle unterversorgten Haushaltungen entstanden. Wegen der Befürchtung, daß die im Winter 1950/1951 unzureichend gewordene Kohlenversorgung auch im kommenden Winter anhält, zahlen nicht wenige Haushaltungen Preise, die das eingeschlagene Holz für den Bergbau und die Zellstoff- und Holzschliffindustrie in den Brennholzsektor wandern lassen und die Versorgung der erwähnten Industriezweige gefährden.

Nur insoweit, als das Problem der ausreichenden Kohlenversorgung für die Haushalte gelöst wird, kann sich die Nachfrage nach Rundholz mildern. Gleichzeitig ist aber mit einer weiteren Steigerung der allgemeinen industriellen Produktion und damit auch der Nachfrage nach Rundholz zu rechnen. Die angespannte Lage in der Rundholzversorgung muß daher andauern, wenn gleichzeitig der inländische Holzeinschlag zurückgeht und die Einfuhr weiterhin belanglos bleibt.

Glaubte der Gesetzgeber, durch eine Erhöhung der sogenannten Wuchergrenzpreise um 8 bis 15 vH (Januar 1951) Nachfrage und Angebot an Rundholz in Einklang zu bringen, so steht er im März 1951 der Tatsache gegenüber, daß durch geheime Abreden zwischen Waldbesitzer und Rundholzkäufer vielfach Preise von 20 bis 50 vH über die festgelegte Wuchergrenze hinaus gezahlt werden. Wer einer solchen Entwicklung nur konjunkturelle Bedeutung beimißt, wird mit einem starken Preisrückschlag in absehbarer Zeit rechnen. Indessen darf der Widerspruch zwischen der voraussichtlichen Entwicklung der industriellen Produktion und dem geplanten Holzeinschlag nicht übersehen werden.

Industrielle Entwicklung und Holzeinschlag ab 1949

Während die gesamte Industrie (einschl. Energieerzeugung und Bauwirtschaft) ihre Produktion in den Jahren 1949 und 1950 von 89 vH auf 113 vH (1936 = 100) erhöhte, ging der Holzeinschlag von 104 vH auf 88 vH zurück. Nach den forstlichen Einschlagplänen¹⁾ soll sich die seit 1948 planmäßig begonnene Einschränkung des Holzeinschlags bis 1953 fortsetzen; und man glaubt bei einem vorgesehenen Einschlag von 18,8 Mill. fm mit Rinde im Jahr 1953 weitere Substanzverluste der Wälder vermeiden zu können²⁾. Für die industriellen Holzverbraucher bedeuten aber die eingeleiteten Maßnahmen zur Walderhaltung, daß sich der Holzeinschlag in den Jahren 1951—53 von 88 auf 56 vH des Standes

¹⁾ Aufgestellt in Zusammenarbeit zwischen der obersten Forstbehörde Westdeutschlands und der OEEC.

²⁾ Im Vergleich zu 1936 betrug der Derbholzvorrat in den westdeutschen Wäldern 1949 weniger als 70 vH. Näheres hierzu in „Die Substanzverluste der Wälder in den vier Besatzungszonen“, Wochenbericht des DIW, Nr. 46 vom 10. Nov. 1950.

von 1936 vermindern wird, während in derselben Zeit die gesamte industrielle Produktion wahrscheinlich noch über den 1950 erreichten Stand hinausgehen wird.

Derbholzeinschlag in Westdeutschland ¹⁾
in Mill. fm mit Rinde

Forstwirtschaftsjahr	Nutzholz	Brennholz	zusammen
1936.....	²⁾ 20,7	²⁾ 13,0	33,7
1939.....	27,7	7,8	35,5
1946.....	22,2	³⁾ 24,1	³⁾ 46,3
1947.....	27,6	³⁾ 23,9	³⁾ 51,5
1948.....	28,5	15,9	44,4
1949.....	26,3	8,6	34,9
1950.....	21,7	7,8	29,5
Plan 1951.....	20,4	5,1	25,5
Plan 1952.....	.	.	22,0
Plan 1953.....	.	.	18,8

¹⁾ Unter Derbholz versteht man die oberirdisch gewachsene Holzmasse mit einem Durchmesser von über 7 cm. — ²⁾ Geschätzte Zahlen. — ³⁾ Die in dieser Zeit nicht unerheblichen illegalen Holzeinschläge sind in den angeführten amtlichen Angaben nicht berücksichtigt.

Bereits in den letzten Jahren bemühte man sich, das drohende Mißverhältnis zwischen dem sich verringernden Holzeinschlag und dem wachsenden Bedarf der industriellen Holzverbraucher durch eine möglichst weitgehende Verwendung des Holzes als Nutzholz an Stelle von Brennholz zu mildern. Dies gelang insoweit, als sich der Rückgang des Holzeinschlags ab 1948 im Bereich des Nutzholzes 1948 gar nicht und in den beiden folgenden Jahren wesentlich milder als insgesamt auswirkte. Eine noch stärkere Aufbereitung des eingeschlagenen Holzes als Nutzholz, wie sie der Plan für 1951 vorsieht, dürfte allerdings auf technische Schwierigkeiten (zu geringe Eignung als Nutzholz) und wirtschaftliche Schwierigkeiten (zu geringe Rücksicht auf den Brennholzbedarf) stoßen. Selbst wenn 1951 eine Zurückdrängung des Brennholzanteils auf 20 vH des gesamten Derbholzeinschlags gelänge und auch in den folgenden Jahren durchführbar wäre, so ließe sich doch nicht eine starke Verminderung des Nutzholzeinschlags über den Stand von 1950 hinaus vermeiden. Unter der erwähnten günstigen Voraussetzung würde der Nutzholzeinschlag 1953 trotzdem nur 15 Mill. fm m. R. betragen, d. h. 72 vH des Standes von 1936. Die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage an Rundholz wird sich daher mit allen erwähnten Konsequenzen für die konkurrierenden Holzverbraucher noch mehr als bisher erweitern, wenn keine Einfuhr diese Tendenz überbrückt. Ein auch nur annähernder Ausgleich durch Importe ist angesichts der strukturell bedingten Produktionsschwierigkeiten in den wichtigsten Lieferländern jedoch unwahrscheinlich¹⁾.

¹⁾ Über die zukünftigen Möglichkeiten des Holzexportes der früheren Überschußländer Europas s. W. Grottian: „Die Krise der deutschen und europäischen Holzversorgung“, Sonderheft 1 N. F. des DIW, Berlin 1948, S. 32/50.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1950												1951			
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
			26	24	27	23	24	25,5	26	27	26	26	25	24	26	24	25	
Anzahl der Werktage:																		
Industr. Auftragseingang (arbeitsstättlich) ¹⁾	DBR	1949 = 100	D	105	112	115	122	126	135	165	194	205	191	188	185	196	210	.
Grundstoffindustrie ²⁾	"	"	"	113	119	122	140	146	161	193	227	230	214	198	191	182	194	.
Investitionsgüterindustrie ²⁾	"	"	"	103	107	112	126	132	139	152	169	199	197	201	206	220	237	.
Verbrauchsgüterindustrie ²⁾	"	"	"	98	111	112	102	103	108	150	184	189	163	168	169	188	203	.
Ind. Bruttoproduktionswert ³⁾	DBR	Mill. DM	S	5418	5230	6185	5601	6060	6339	6598	7331	7803	8019	8071	7741	8129	.	.
Prod.-Index (arbeitsstättlich)																		
Industrieproduktion ⁴⁾																		
einschl. Energie	DBR	1936 = 100		95	98	101	104	107	108	107	115	125	130	135	128	126	132	.
ohne Energie	"	"	"	91	95	98	101	105	106	105	113	123	127	132	125	122	129	.
Investitionsgüter insgesamt	"	"	"	85	90	93	99	104	107	106	113	124	130	136	129	115	129	133
Allgemeine Produktionsgüter																		
einschl. Energie	"	"	"	115	117	120	120	121	121	123	131	137	138	142	140	141	146	148
ohne Energie	"	"	"	103	107	112	113	114	115	117	125	131	129	131	127	126	136	.
Verbrauchsgüter insgesamt	"	"	"	90	94	96	96	97	94	91	101	112	120	125	117	115	122	122
Industrieproduktion West-Berlins	W-B	1936 = 100		22	26	28	30	28	27	28	31	38	39	43	44	39	46	50
Produktionsgüter insgesamt	"	"	"	24	26	27	29	27	28	30	31	36	37	42	46	40	45	49
Verbrauchsgüter insgesamt	"	"	"	16	25	32	34	31	24	23	34	44	49	49	36	36	50	56
Produktion																		
Eisenerz	DBR	1000 t	S	810	801	929	781	812	868	934	990	982	1000	1020	956	994	930	997
1949 = 100	"	"	"	106,6	105,5	122,3	102,8	106,9	114,3	123,0	130,3	129,3	131,7	134,3	125,9	130,9	122,4	131,3
Roheisen	"	1000 t	"	697	671	772	691	725	762	824	867	887	927	875	774	806	710	782
1949 = 100	"	"	"	117,1	112,8	129,7	116,1	121,8	128,1	138,5	145,7	149,1	155,8	147,0	130,1	135,4	119,3	131,4
Rohestahl ⁵⁾	"	1000 t	"	916	907	1026	907	938	1006	1049	1088	1079	1135	1112	959	1044	941	1027
1949 = 100	"	"	"	120,1	118,9	134,5	118,9	122,9	131,8	137,5	142,6	141,4	148,8	145,7	125,7	136,8	123,3	134,6
Walzwerkserzeugnisse	"	1000 t	"	605	573	650	575	625	683	690	751	762	783	793	676	749	681	708
1949 = 100	"	"	"	114,5	108,5	123,0	108,8	118,3	129,3	130,6	142,2	144,2	148,2	150,1	128,0	141,8	128,9	134,0
Personenkraftwagen	DBR	Anzahl	S	13493	13743	15449	14714	16350	18699	15870	20343	20855	23077	22916	20613	23027	22395	21768
1949 = 100	"	"	"	155,8	158,7	178,3	170,1	188,7	215,9	183,2	234,8	240,8	266,4	264,5	238,0	265,8	258,5	251,3
Lastkraftwagen	"	Anzahl	"	4224	4498	5232	4986	6415	7317	7375	8127	8428	9150	8699	7232	8622	7797	8570
1949 = 100	"	"	"	92,6	98,6	114,7	109,3	140,6	160,4	161,6	178,1	184,7	200,5	190,7	158,5	189,0	170,9	187,8
Kupfer (Elektrolyt)	DBR	t	S	10850	10194	10993	10630	11080	11381	11452	11004	11502	11355	11898	11395	11190	101222	12295
Blei (Hüttenweich- u. Feinblei)	"	"	"	8505	8872	10910	8578	9463	9963	8861	10096	10125	10812	11450	10503	10098	10179	10681
Zink (roh)	"	"	"	8909	8468	9573	9787	10289	10150	10774	10865	10502	10974	11029	11473	11408	10579	11998
Steinkohle ⁶⁾	DBR	1000 t	S	9327	8682	9802	8363	8667	8978	9169	9445	9215	9499	10022	9584	10138	9455	10038
1949 = 100	"	"	"	108,4	100,9	113,9	97,2	100,7	104,4	106,6	109,8	107,1	110,5	116,5	111,4	117,8	109,9	116,7
Koks ⁷⁾	"	1000 t	"	2241	2048	2264	2116	2164	2095	2269	2398	2412	2396	2391	2539	2635	.	.
1949 = 100	"	"	"	107,0	97,8	108,1	101,0	103,3	100,0	108,3	114,5	115,1	114,4	114,1	121,2	125,8	.	.
Steinkohlenbriketts	"	1000 t	"	330	309	347	239	156	138	196	400	446	494	375	351	357	324	337
1949 = 100	"	"	"	64,20	58,42	65,39	57,21	57,21	58,83	61,80	64,11	63,28	68,90	69,68	69,22	72,45	67,45	69,96
Braunkohle	"	1000 t	"	106,6	97,0	108,6	95,0	95,0	97,7	102,6	106,5	105,1	114,4	115,7	114,9	120,3	112,0	116,2
1949 = 100	"	"	"	121,0	112,6	131,8	115,8	119,3	122,9	127,0	131,4	127,3	132,8	127,9	121,3	131,8	123,7	132,8
Braunkohlenbriketts	"	1000 t	"															
Stromerzeugung ⁸⁾	DBR	Mill. kWh	S	3696	3265	3591	3277	3306	3265	3447	3678	3813	4103	4237	4320	4382	.	.
1949 = 100	"	"	"	116,3	102,7	113,0	103,1	104,0	102,7	108,4	115,7	120,0	129,1	133,3	135,9	137,9	.	.
Gaserzeugung ⁹⁾	"	Mill. cbm	"	1184	1078	1201	1129	1160	1121	1215	1272	1277	1281	1277	1369	1395	1283	1427
1949 = 100	"	"	"	108,2	98,5	109,8	103,2	106,0	102,4	111,0	116,2	116,7	117,1	116,7	125,1	127,5	117,2	130,4
Erdölförderung	"	1000 t	"	80,9	80,6	90,4	89,6	94,3	91,2	96,2	98,8	95,3	100,4	97,8	103,1	102,0	94,7	104,9
Zeitungsdruckpapier	DBR	1000 t	S	13,7	13,3	15,0	12,6	14,0	15,0	14,7	15,0	14,0	14,5	14,6	13,2	13,7	13,2	13,4
1949 = 100	"	"	"	129,4	125,7	141,7	119,1	132,3	141,7	138,9	141,7	132,3	137,0	138,0	124,7	129,4	124,7	126,6
Papier und Pappe (ohne Zeitungs- druckpapier)	"	1000 t	"	105,8	99,8	113,0	95,7	106,4	117,7	118,5	128,1	130,2	135,5	130,3	114,3	127,4	123,1	128,0
1949 = 100	"	"	"	111,6	105,2	119,2	100,9	112,2	124,1	125,0	135,1	137,3	142,9	137,4	120,5	134,3	129,8	135,0
Schwefelsäure ¹⁰⁾ (SO ₂ -Inhalt)	DBR	1000 t	S	88,4	82,9	91,3	93,4	97,6	95,1	100,8	102,0	100,9	106,3	108,3	114,1	112,4	104,2	116,9
Soda (Na ₂ CO ₃)	"	"	"	49,6	47,2	56,9	57,4	57,8	58,4	62,6	68,6	69,2	75,2	68,0	64,0	67,1	58,6	67,7
Chlor	"	"	"	17,0	14,8	17,2	17,7	18,1	17,5	19,6	19,3	18,9	20,6	19,3	20,3	19,4	18,6	20,8
Kammgarne, Streichgarne ¹¹⁾	DBR	t	S	6857	6467	7312	5937	6166	6330	6448	7265	7918	8405	8289	7341	8200	7515	7912
1949 = 100	"	"	"	126,4	119,2	134,8	109,4	113,7	116,7	118,9	133,9	146,0	154,9	152,8	135,3	151,2	138,5	145,9
Baumwollgarne	"	t	"	23608	22985	26005	20478	21258	21127	19619	23711	25680	27121	26875	23978	27184	25737	26693
1949 = 100	"	"	"	124,2	121,0	136,9	107,8	111,9	111,2	103,3	124,8	135,2	142,7	141,4	126,2	143,1	135,5	140,5
Arbeits- und Straßenschuhe	DBR	1000 Paar	S	3363	3427	4500	3570	4031	3833	2975	4252	5119	5489	5545	4560	o		